

Baumgarten, Helga: Hamas. Der politische Islam in Palästina.

Diederichs-Verlag: München 2006, 256 S.

Croitoru, Joseph: Hamas. Der islamische Kampf um Palästina. Verlag

C.H.Beck: München 2007, 254 S.

**Hamas – politischer Islam in oder islamischer
Kampf um Palästina¹?**

Eine Wahlbeteiligung von 78 % bei den palästinensischen Parlamentswahlen im Januar 2006 – mehr als bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich, eine Quote, die westliche Demokraten zum Staunen bringen kann! Doch die Entscheidung des Wahlvolkes wird von EU und USA nicht anerkannt, denn 74 der Sitze entfallen auf Hamas, die im Juni 1989 von der israelischen Besatzungsmacht zur Terrororganisation erklärt wurde, 45 auf Fatah, 9 Sitze auf vier kleinere Parteien. Ismail Haniyeh, Hamas, wird mit der Regierungsbildung beauftragt; der Boykott der Hamas samt ihrer Falschwähler und dem Restvolk durch die westlichen Länder setzt ein.

Helga Baumgarten, seit etwa 20 Jahren in Ost-Jerusalem lebend, setzt am demokratischen (Wahl-)Element der beschriebenen Situation an, um die Entwicklung der Hamas im Wechselverhältnis zur palästinensischen Bevölkerung unter israelischer Besatzung zu beschreiben und zu analysieren. Ihre Gründung fand zu Beginn der ersten Intifada statt. Nach einem Unfall zwischen einem israelischen Lastwagen mit in den Gaza-Streifen heimkehrenden palästinensischen Tagelöhnern kam es „zu den größten Massendemonstrationen, die es in Palästina seit Beginn der israelischen Besatzung gegeben hatte“, was die Führung der Muslimbrüderschaft zu Beratungen über neue Aktions- und Organisationsformen veranlaßte. Unter ihnen befanden sich der inzwischen von Israel getötete Scheich Ahmad Yasin und der Arzt Rantisi, die sich mit ihren Brüdern in den Jahren der israelischen Besatzung zunächst mit dem Aufbau religiöser Einrichtungen, darunter einer Vielzahl von Moscheen für eine Erziehung im Glauben bis hin zur universitären Bildung und in Einrichtungen wie Sportclubs und Sozialarbeitsorganisationen betätigt hatten. Mit der Intifada begannen Muslimbrüder, den Kampf gegen die Besatzung an die erste Stelle zu setzen.

Das erste Selbstmordattentat fand 1994 nach dem Massaker von Baruch Goldstein statt, der in der Machpela-Höhle nahe Hebron 29 zum Morgengebet versammelte Palästinenser erschoss. Baumgarten schreibt dazu: „Gewalttaten auf beiden Seiten der Konfliktlinien verstoßen gegen geltendes internationales Recht. Denn gerade in bewaffneten Konflikten ist der Schutz von Zivilisten ein absolutes Gebot. ... Die Opfer der israelischen Armee und der israelischen Siedler sind meist palästinensische Zivilisten. Spätestens mit den Selbstmordattentaten nach dem Massaker von Hebron hat die Hamas ihre bis dahin verfolgte Strategie des Guerilla-Kampfes aufgegeben und in klarem Verstoß gegen geltendes internationales Recht israelische Zivilisten angegriffen.“

Dafür gibt es keine Rechtfertigung, genauso wenig wie Einsätze der israelischen Armee gegen die palästinensische Zivilbevölkerung gerechtfertigt sind“, doch angesichts des faktisch herrschenden Prinzips „Macht schafft Recht“ versage die internationale Gemeinschaft seit Jahrzehnten. „Die Rechnung dafür wird tagtäglich und bis heute vor allem von den Palästinensern bezahlt, aber, wenn auch in ungleich geringerem Umfang, (auch, Anm. der Rezensentin) von der israelischen Gesellschaft.“ (S. 116 f.) Mit der Beteiligung an den Parlamentswahlen habe sich die Hamas schließlich „in den globalen Diskurs der Demokratisierung“ integriert, doch anstatt die verschiedenen Äußerungen über eine zumindest indirekte Anerkennung Israels auszuloten, wurde seitens der westlichen Welt der Boykott ausgerufen, was die Autorin für falsch hält.

Joseph Croitoru, 1988 von Israel nach Deutschland gekommen, stützt sich in seiner Darstellung der Hamas zwar weitgehend auf die Quellen, mit denen auch Baumgarten arbeitet, kommt aber zu einer ganz anderen Einschätzung. Zwar sieht auch er einen Zusammenhang zwischen den Auswirkungen der Besatzung und Akten gewaltsamen Aufbegehrens in der palästinensische Bevölkerung und den islamischen Organisationen, führt dieses Aufbegehren aber nicht auf das Unrecht der Besatzung zurück, sondern auf eine quasi islamisch-wesenhafte Aggression, die sich u.a. sozialer Einrichtungen als Tarneinrichtungen bedient und „die politischen Koordinaten im Nahen Osten grundlegend verändern will“. „Der Prozeß der Re-Islamisierung ... Für einen erheblichen Teil der palästinensischen Bevölkerung, der auf die Unterstützung durch die sozialen Einrichtungen der Hamas angewiesen ist, bedeutet er zwar einen Fortschritt. Doch steht zu befürchten, dass er die Palästinenser auf lange Sicht nicht nur in eine noch größere politische und wirtschaftliche Isolation führt, sondern auch in

eine noch stärkere Abhängigkeit von den radikalen Kräften in der arabischen und islamischen Welt.“ (S. 201) Das kann Israel sich nicht leisten, das sollte die Völkergemeinschaft nicht zulassen. Also: Fortsetzung der Politik, die Scharon nach seinem Amtsantritt 2001 betrieb und die der israelische Soziologe Baruch Kimmerling als „Politizid“ bezeichnete, als „Vorgang, der mit umfassenden gesellschaftlichen, politischen und militärischen Aktivitäten die politische und nationale Existenz einer ganzen Volksgemeinschaft zerstören will und damit deren Selbstbestimmung verweigert.“ Oder: Raum geben für die Entfaltung neuer demokratischer Triebe auf verwildertem Gelände.

Jutta Maixner, Berlin

¹ Die Rezension ist zuerst erschienen in der Zeitschrift „Kommune. Politik – Ökonomie – Kultur“ Juni/Juli 2007. Wir danken der Autorin für die Überlassung ihrer Arbeit.